

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1934**

294 (17.12.1934)

**Erscheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage  
**Bezugspreis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aussträger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.15  
jährlich 36 Pfg. Postzusatzgebühr  
Einzelnummer 5 Pfg.  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/8 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 465  
Postfach-Konto:  
Karlsruhe Nr. 6903

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** Begr. 1839  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Helteltes Heimatblatt dieser Gegend mit den amtlichen Anzeigen. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 46 mm breite Millimeter-Zeile 5 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 15 Goldpf.  
C. randschrift im Anzeigen- und Zertitel ist gratis.  
Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Verurteilung erlischt.  
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:  
Vereinsbank Sinsheim  
e. G. m. b. H.  
Spar- u. Baupost-Konto:  
Sinsheim  
(öffentl. Sparkasse)

Nr. 294.

Montag, den 17. Dezember 1934.

95. Jahrgang

## Zwischenfall in Saarbrücken.

Ein betrunkenen Polizeioffizier. — Empörung der deutschen Bevölkerung.

Saarbrücken, 17. Dez. Ein ebenso ernster wie bedauerlicher Zwischenfall hat sich in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in Saarbrücken ereignet. Gegen 3 Uhr nachts fuhr ein mit drei Personen besetzter Personentransporter an der Ecke Hohenzollern- und Goebenstraße in harter Fahrt in eine Menschengruppe auf den Bürgersteig.

Der Autolenker, ein vor mehreren Wochen in der saarländischen Polizei eingestellter Polizeioffizier englischer Nationalität, hatte die Herrschaft über das Steuer verloren, da er sich in stark angetrunkenem Zustand befand. Vier Personen wurden bei dem Unfall zu Boden geschleudert und sind teilweise erheblich zu Schaden gekommen.

Besonders bedauernd ist es, daß dabei eine junge Frau verletzt wurde, die guter Konstitution ist. Auf die Hilferufe eilten mehrere Passanten zur Unglücksstelle, die sofort die Polizei alarmierten und an den englischen Offizier das Verlangen stellten, vor den notwendigen polizeilichen Ermittlungen den Tatort nicht zu verlassen. Als er trotzdem Anstalten traf, den Wagen wieder in die Fahrbahn zu bringen, stellten sich ihm mehrere Personen in den Weg und machten abends darauf aufmerksam, daß das Eintreffen der Polizeibeamten abgewartet werden mußte.

Darauf zog der Engländer, ohne irgendwie bedroht zu sein, die Pistole und schob, als ihm der Weg nicht freigegeben wurde, in die Menschengruppe. Er gab zwei Schüsse ab, durch die eine Person verletzt wurde. Als er zum 3. Schuß anlegte, wurde ihm von einem der über das unmensliche Verhalten aufgebrachten Passanten der Revolver entwendet. Der Polizeioffizier, der sich in Zivilkleidung befand, legte sich heftig zur Wehr, so daß die Umstehenden gezwungen waren, den Rasenden zu überwältigen.

Das Bekanntwerden dieses unheimlichen Vorfalles hat in der Bevölkerung der Stadt Saarbrücken tiefste Entrüstung und Empörung ausgelöst.

Der stellvertretende Landesleiter der Deutschen Front, Nietmann, begab sich am Sonntag mittags nach Bekanntwerden und Prüfung des Zwischenfalles zu dem anwesenden holländischen Mitglied der Abstimmungskommission, Herrn

de Jongh, um gegen das undisciplinierte Verhalten des englischen Polizeioffiziers — bei dem es sich wohlgerne nicht um einen Angehörigen der im Anmarsch befindlichen Abstimmungspolizeitruppen handelt — schärfste Verwahrung einzulegen. Gleichzeitig verlangte Nietmann neben schnellster Abklärung vorübergehende Maßnahmen dafür, daß die Bevölkerung in Zukunft vor derartigen Vorfällen bewahrt bleibe.

Der Präsident der Regierungskommission hat sofort folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

In der Nacht zum 16. Dezember 1934 versuchte ein Polizeioffizier mit einem Kraftwagen in der Goebenstraße zu drehen und verlor, als er bei dieser Gelegenheit mit dem Wagen auf den Bürgersteig kam, eine dort stehende Person. Dies war der Anlaß zu einer Menschenansammlung. Die Menge nahm gegen die Insassen des Wagens — es waren außer dem Polizeioffizier noch zwei weitere Personen in dem Wagen — aus eines bis jetzt noch nicht endgültig geklärt (1) eine drohende Haltung ein, insbesondere gegen den Polizeioffizier. Es kam zu einem Handgemenge, wobei mehrere Schüsse fielen (wer hat geschossen? Die Schießleitung), durch die eine Person durch einen Bauchschuß verletzt wurde. Der Polizeioffizier wurde durch Hiebe und Schläge ebenfalls verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die bisher getätigten Ermittlungen werden von der Polizei nach Abschluß dem zuständigen Gericht übergeben werden.

Die Polizei hat für die Behandlung dieses Falles die besondere Weisung erhalten, bei den Erhebungen mit aller Strenge vorzugehen und Verletzungen ohne Ansehen der Person unmissverständlich zu verfolgen. Bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit ist der Polizeioffizier seines Amtes enthoben worden.

So sehr die Schlussfolgerung der Regierungskommission begründet werden kann, so sehr muß es befremden, daß der bereits fest eindeutig festgestellte Tatbestand in der Darstellung der Regierungskommission geradezu eine bewusste Verdunkelung erfährt.

## Das große Kofferpacken.

Die langjährigen „Gäste“ an der Saar stellen alles auf Abbau ein.

Saarbrücken, 17. Dez. Wenn man sich über die tatsächliche französische Auffassung von dem Ergebnis der saarländischen Volksabstimmung unterrichten will, dann muß man nicht die französischen Zeitungen studieren, die zum Teil immer noch so tun, als ob der Status quo liegen werde, sondern man muß beobachten, wie diejenigen Franzosen sich verhalten, die durch irgendwelche materiellen Interessen mit dem Saargebiet verbunden sind. Da kann man auf der ganzen Linie feststellen, daß kein einziger Franzose mit der Bewirtlichung des Status quo rechnet, sondern daß sich jeder darauf einrichtet, daß in wenigen Wochen die Rückgliederung der Saar nach Deutschland erfolgt.

Das merkt man zunächst bei allen saarländischen Behörden: alles ist auf Abbau eingestellt.

In erster Linie ist dies natürlich in den Büros der Regierungskommission der Fall. Bei ihrem Ausscheiden aus den Diensten der Regierungskommission erhalten die nicht pensionsberechtigten Beamten eine Abfindung, die besonders bei den Ausländern außerordentlich hoch ist. Selbstverständlich wird diese aus saarländischen Steuergeldern bezahlt. Die Regierungskommission hat schon angeordnet, daß diese Gelder zum größten Teil in diesem Jahre ausbezahlt werden. Krampfhaft bemühen sich die Franzosen, die viele Jahre lang am Rande des Saarkrautes ein schönes Leben führen durften, um neue Stellen in Frankreich zu finden, die sie bereits gelungen. Andere sind in der Lage, mit ihrer Abfindung künftig ein sorgenfreies Rentenleben zu führen. Auch werden bei der Regierungskommission bereits eifrig Akten sortiert und vernichtet.

Denn man hält es nicht für ratsam, die Akten über die Tätigkeit der Regierungskommission reiflos der deutschen Regierung zu überlassen.

Auf der französischen Bergwerksdirektion hat auch der große Run begonnen.

Die französischen Ingenieure wollen beschleunigt in Frankreich unterkommen. Sie wurden aber von der Generaldirektion unter der Androhung der Kürzung ihrer Abfindungssummen gezwungen, vorerst noch auszuhalten. Die Bergverwaltung selber hat strenge Anweisung gegeben, daß nur noch kurzfristige Aufträge vergeben werden dürfen. Der gesamte Besitz der französischen Grubenverwaltung an privaten Häusern, die sie selber erworben hatten, steht schon seit einiger Zeit zum Verkauf, zahlbar bis Januar 1935! Bisher hat man allerdings mit dem Verkauf noch wenig Glück gehabt.

Auch die französische Zollverwaltung bereitet schon ihren Rückzug vor. Man sucht bereits an der lothringisch-saarländischen Grenze, die ja bisher keine Zollgrenze war, nach geeigneten Unterhaltungsstellen für die französischen Zollbeamten. Viele französische Beamte, die jetzt noch im Saargebiet tätig sind, haben bereits ihre Möbel sowie ihre Familien wieder nach Frankreich zurückgebracht, um den kommenden endgültigen Umzug so schnell wie möglich zu vollziehen. Unzählige Häuser aus französischem Privatbesitz, die in den Zeiten der Mark-Inflation billig gekauft wurden, stehen jetzt zum Verkauf.

Das gleiche Bild bietet die Wirtschaft des Saargebietes, an der das französische Kapital sehr stark interessiert ist. Die französischen Wirtschaftsfreunde lehnen es auf amtliche Anweisung hin ab, Saarländern noch irgendwelche langfristige Kredite, weder Wechsel- noch Barkredite zu geben. Man behandelt die Saarländer recht schon, als wenn die Rückgliederung bereits vollzogen wäre. Tatsache wäre.

## Neue Bestimmungen für die Einreise in das Saargebiet!

Abstimmungsberechtigte Personen bedürfen keiner Einreisegenehmigung.

Amlich wird bekanntgegeben:

Nach der Verordnung der Regierungskommission vom 29. November 1934 gilt für die Einreise in das Saargebiet für die Zeit vom 27. Dezember 1934 bis zum 26. Januar 1935 einschließlich folgendes:

A. Die Personen, die in der oben angegebenen Zeit in das Saargebiet einreisen, müssen im Besitz

1. eines ordnungsmäßigen Reisepasses,
2. einer besonderen Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet sein.

Der Antrag auf Einreisegenehmigung ist unter Ueberreichung des Reisepasses an die Regierungskommission, Abteilung des Innern in Saarbrücken zu richten. Bei Stellung des Antrages erfolgt zweckdienliche Beratung durch die Vertrauensleute und Ortsgruppen des Saarvereins.

Die Einreisegenehmigung ist innerhalb 24 Stunden nach der Einreise der Ortspolizeibehörde des Saargebietes vorzulegen. Sie berechtigt zu wiederholter Einreise in das Saargebiet innerhalb des in dem Genehmigungsvermerk bezeichneten Zeitraumes.

Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet schon jetzt erteilt ist, müssen diese Genehmigung vor dem 27. Dezember 1934 erneuern. Die erneuerte Genehmigung berechtigt sie zu wiederholter Ein- und Ausreise in das Saargebiet.

Mit Geldstrafe bis zu 750 Franken oder mit entsprechender Haft wird bestraft, wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Die Gebühr für die Einreisegenehmigung beträgt 20 Franken; die Gebühr für die erneuerte Genehmigung 2 Franken. Die Gebühr kann in begründeten Fällen, insbesondere bei Bedürftigkeit der einreisenden Personen, falls ein dringlicher Anlaß zur Einreise besteht, erlassen werden.

B. Einer Einreisegenehmigung bedürfen dagegen nicht:

- a) außerhalb des Saargebietes wohnende abstimmungsberechtigte Personen. Für sie genügt der von der Abstimmungskommission ausgestellte Abstimmungsausweis in Verbindung mit dem Reisepass;
- b) Personen, die im Besitz eines saarländischen Reisepasses oder eines saarländischen Personenausweises sind;
- c) Personen, die auf Grund der Verordnung der Regierungskommission vom 27. Januar 1932 betreffend die Arbeitszentralstelle für das Saargebiet ausgestellten Zeittimationskarten sowie die Grenzauweise gemäß Protokoll über die Gebrauchsrechte an der saarländisch-französischen Grenze vom 13. Nov. 1926 besitzen.

## Störungsmanöver.

„Entschuldigungen“ der „Morningpost“ und des „Daily Telegraph“  
London, 15. Dez. Die „Morningpost“ und ihre Hintermänner haben offenbar Angst, daß die Entspannung der europäischen Lage, die in den letzten Tagen eingetreten ist, zu weit gehen könnte. Wir fügen jedenfalls vergeblich nach einem anderen Grunde dafür, daß das Blatt gerade in 16 Jahre altes Kriegsdokument veröffentlicht und mit einem alarmierenden Leitartikel versehen. Es handelt sich um eine angebliche Dankschrift des

Chefs des Admiralstabes, von Hoyendorff, an den Chef des Generalstabes vom April 1918. In diesem Dokument wird klargestellt, daß der Besitz der flandrischen Küste London und die Südküste Englands in den Bereich eines Nachkriegsdeutschlicher Streitkräfte bringe, was von Helgoland aus nicht möglich gewesen sei. Wenn man noch die Scheldemündung dazu nehme, so ermögliche das eine dauernde Bedrohung Englands. Diese günstige strategische Lage müsse nach Möglichkeit im Frieden aufrecht erhalten werden.

Gleichviel, ob dieses Kriegsdokument echt oder gefälscht ist, auch in den Archiven der ehemaligen Alliierten wird man sicher Tugende solcher Dokumente finden. In dem Leitartikel der „Morningpost“ wird versichert, dieses Dokument beweise „die tiefe Wahrheit von Baldwins Aphorismus über unsere Grenze am Rhein“. So kann man die Veröffentlichung nur als eine Verhöhnung bezeichnen, trotz der Ablehnung dieser Absicht. Intimbeziehungen der Londoner „Morningpost“ lassen vermuten, daß dieser „glückliche Zufall“ der das Schriftstück dem Blatte in die Hand gespielt hat, nicht gerade eine Eingebung des Himmels war.

Wahrscheinlich ist es auch ein „Werk des Teufels“, daß am gleichen Tage Hektor Bywater, der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph“, den Stapellauf des „Kreuzers „Nürnberg“ zum Anlaß nimmt, um von Verletzungen der Flottenbestimmungen des Versailler Vertrages zu urteilen. Gegen den Bau der „Nürnberg“ sei zwar an sich nichts einzuwenden, aber seine große Heimtücke sei verdächtig. Außerdem überdies die dritte deutsche Panzerkreuzer „Admiral Scheer“ die Vertragsgrenze. In gewissen Stellen, so schreibt Bywater, „wird die deutsche Seemacht auf das sorgfältigste beobachtet, obwohl das tiefe Geheimnis, in das sie gehüllt ist, die Kontrolle erschwert.“

Sollte die britische Admiralität angesichts der erfolglosen Londoner Verhandlungen und der geplanten Vergrößerung des britischen Marinehaushaltes etwa in Deutschland auch einen passenden Sündenbock erblicken, so wie das Luftfahrtministerium den britischen Steuerzahlern die Luft- und Seacaufüstung durch Hintertreibung auf die „deutsche Gefahr“ schmackhaft zu machen versuchte?

## Lord Rothermere in Berlin.

Berlin, 15. Dez. Der englische Zeitungsmagnat Lord Rothermere ist am Freitag zu einem mehrtägigen Besuch in der Reichshauptstadt eingetroffen, der sich an seine Informationsreise durch das Saargebiet anschließt. Eben erst veröffentlichte Lord Rothermere in der „Daily Mail“ und seinen zahlreichen englischen Provinzialblättern einen in Deutschland und im Ausland viel beachteten Aufsatz über seine saarländischen Eindrücke, worin er den deutschen Charakter des Saargebietes nachdrücklich betonte und erklärte, daß die Stimmenmehrheit für Deutschland bei der Saarabstimmung eine Selbstverständlichkeit sei.

Im Zusammenhang mit der englischen Unterhausdebatte zu Anfang des Monats Dezember forderte Lord Rothermere Freundschaft mit Deutschland. Sein Eintreten für eine Neuorientierung der englischen und der Weltpolitik gegenüber Deutschland hat schon in vergangenen Jahren gelegentlich von sich reden gemacht. Nachdem er 1927 eine Revision des Trianon-Vertrages zugunsten Ungarns verlangt hatte, stellte er sich gegen Ende 1929 nach einer Reise durch Deutschland in die Reihe derjenigen ausländischen Persönlichkeiten, die eine Revision des Versailler Staates zugunsten Deutschlands verlangen, im Lord Rothermere empfahl dabei auch die Rückgabe des deutschen Kolonialbesitzes, worauf er zu Anfang des Jahres 1934 mit einem Appell an die britische Regierung, sie solle die Mandatsgebiete Kamerun, Togo und Tanganjika dem Völkerbunde wieder zur Verfügung stellen, zurückkam.

Die revisionistische Politik Lord Rothermeres ist aus der Einsicht in die furchtbaren Folgen der Weltkriege beendenden „Verträge“ entstanden. Dieser Zeitungsmagnat, dessen Auswüchse in früheren Jahren auf einer anderen Ebene lagen, hat seine Erkenntnis von den Verheerungen, die die Politik der Siegermächte in die Kriegs- und ersten Nachkriegszeit angerichtet hat, mutig und offen zu vertreten gewagt, weshalb man nur wünschen kann, daß sein Aufenthalt in Deutschland ihn weiterhin in seinem auf vorurteilslose Aufklärung über den wahren Stand der Dinge gerichteten Kurse bestärken möge.

## „Tagung für die Verteidigung des Friedens“

Paris, 17. Dez. Die Pariser „Tagung für die Verteidigung des Friedens“, die von der französischen Völkerbundsvereinigung organisiert worden ist, hat am Samstag in Paris begonnen. Die Redner setzten sich alle für eine Abstützung der europäischen Sicherheit ein und schlugen dafür die verschiedensten Mittel vor. In einer Entschließung die einstimmig angenommen wurde, wird der Wunsch nach Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein internationales Abkommen ausgesprochen, das die Vereinheitlichung der europäischen Heere, die kurzfristige Dienstzeit und die Organisierung der Sicherheit durch eine internationale und gegenseitige Rüstungskontrolle vorsehen müsse.

## Komintern befiehlt Kundgebungen in Frankreich

Moskau, 17. Dez. Die „Pravda“ erwähnt in ihrer Nummer vom 16. Dezember eine Vereinbarung, die zwischen der französischen sozialistischen und kommunistischen Partei beschlossen wurde. Nach dieser sollen in allen Orten an der deutschen, an der saargrenzigen und an der französischen Grenze Sympathiekundgebungen für die Kommunisten und Sozialisten abgehalten werden. Mit der Durchführung dieser Kundgebungen wurde eine besondere Kommission betraut. Schon in der nächsten Woche soll die erste Demonstration stattfinden.

## Abessinische Beschwerde beim Völkerbund

Telegraphische Beschwerde über den Zusammenstoß mit italienischen Truppen  
Genf, 16. Dez. Wie vom Generalsekretariat des Völkerbundes nunmehr bestätigt wird, hat Abessinien in einem langen Telegramm an den Generalsekretär wegen der blutigen Zusammenstöße mit italienischen Truppen Beschwerde erhoben.

Das Telegramm, das das Datum vom 14. Dezember trägt, lautet folgendermaßen:

Die kaiserliche Regierung hat die Ehre, gleichzeitig zur Übermittlung an den Rat und die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zu Ihrer Kenntnis zu bringen, daß die englisch-afghanische Kommission beim Studium der Weisepässe in der afghanischen Provinz Ogaden von italienischer Seite mit militärischer Gewalt seit ihrer Ankunft in Ualual, also seit dem 23. November, an der Fortsetzung ihrer Arbeiten verhindert worden ist, an einer Stelle, die ungefähr 100 Kilometer innerhalb der Grenze liegt. Am 5. Dezember hat eine italienische Truppe mit Tanks und Militärflugzeugen überraschend und ohne herausgefordert zu sein, die afghanische Begleitung der Kommission angegriffen. Die afghanische Regierung hat in einer Note vom 6. Dezember Einspruch erhoben.

Trotz dieses Protestes haben italienische Militärflugzeuge drei Tage später Udo und Gerlogibi in derselben Provinz mit Bomben belegt. Auf unseren Protest vom 6. Dezember und auf unsere Forderung vom 9. Dezember, einen Schiedsspruch nach Artikel 5 des italienisch-afghanischen Vertrages vom 2. August 1928 herbeizuführen, hat der italienische Geschäftsträger, ohne von dem Protest Kenntnis zu nehmen, in einer Note vom 11. Dezember eine Entschuldigung und moralische Wiedergutmachung verlangt. In einer weiteren Note vom 14. Dezember hat er erklärt, daß seine Regierung nicht einsehe, wie ein derartiger Zwischenfall durch einen Schiedsspruch gelöst werden könne.

Da ein italienischer Angriff vorliegt, richtet die afghanische Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf den Ernst der Lage. Eine ausführliche mit Beweisen versehene Befragung folgt.

gez.: Fernow, Minister des Auswärtigen.

### Blut und Gold.

Die Rolle der Morganbank bei der Finanzierung des Weltkrieges  
Washington, 16. Dezember. Vor dem Untersuchungsausschuss...

## Zwischenfall in Schanghai.

### Erneut japanisch-amerikanische Reibung. — Der Streit um das Botschaftspersonal

Schanghai, 16. Dez. Feinliches Aufsehen erregt hier ein japanisch-amerikanischer Zwischenfall. Eine japanische Truppenabteilung und hier gelandete Marinemannschaften hielten Übungen ab, in deren Verlauf sie die von der internationalen Niederlassung in Schanghai führenden Ausgänge besetzten. Die amerikanische Bevölkerung, die sich dabei der Beschießung Schanghai im Jahre 1932 erinnerte, verurteilte die Aktion. Der amerikanische Journalist Buchmann, der für die hiesige Zeitung „China Press“ arbeitet, machte photographische Aufnahmen von den Übungen und drang hierbei anheimelnd in einen Schuppen ein, in dem Tanks standen. Trotz der ihm erteilten Warnung setzte er das Photographieren fort mit der Behauptung, daß die Japaner nicht berechtigt seien, ihm dies zu verbieten. Als er daraufhin festgenommen wurde, verweigerte er mit der gleichen Begründung die japanische Forderung nach Herausgabe der Filme. Schließlich griffen Polizei sowie Vertreter der japanischen und des amerikanischen Generalkonsulates ein, und es wurde eine Einigung dahingehend erzielt.

Daß Buchmann unter Protest die Filme auslieferte und die Japaner sich bereit erklärten, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen.

Die Angelegenheit dürfte damit noch nicht zu Ende sein.

Im Zusammenhang mit der Angelegenheit des französischen stellvertretenden Marineattachés in Tokio hat das

schuß des Senats gab der Vertreter der Firma Dupont und Nemours zu, daß die Firma im Jahre 1922 an Japan Munition aus dem Vorrat des amerikanischen Kriegsdepartements geliefert hat.

Der Mitinhaber der Firma, Jrenaus Dupont, gestand, daß die Fabrik bis Ende des Krieges 60 Millionen Dollar Profit realisiert hat. Seitdem seien 250 Millionen in verschiedenen Tochterunternehmen investiert worden. Der Kriegsprofil des Hauses sei vollkommen normal und anständig gewesen, und er protestiere gegen die Einstellung, als ob er „aus Blut Gold“ gemacht habe. Sie selbst würden protestieren, wenn sie in dieser Branche arbeiteten, apotrophisierte er seinen alten Widersacher, den Senator Clark.

Der Senator erwiderte entrüstet: — Ich habe den Krieg nicht in Ihrer Branche, sondern im Schützengraben verbracht, während Sie an hundert Millionen Dollar Profit gemacht haben. Ihr Geschäft hat Amerika in den Krieg gezerzt und der Nation beinahe zwanzig Milliarden Dollar Schulden aufgebürdet, während der Kurs Ihrer Aktien von zwanzig auf tausend Dollar gestiegen ist.

Das New Yorker Blatt „World Telegram“ meldet, der Vorsitzende des Ausschusses zur Untersuchung der Rüstungsindustrie, Senator Rye, habe ihm mitgeteilt, daß der Ausschuss nach Bewilligung weiterer Mittel seitens des Kongresses eingehend untersuchen werde, welche Rolle die Morganbank bei der Finanzierung des Weltkrieges gespielt habe. Der Ausschuss habe ein besonderes Interesse für ein Telegramm des damaligen amerikanischen Botschafters in London, Walter Bines Page, an Wilson, in dem es u. a. heiße: Ich bin sicher, daß der Druck der heranrückenden Krise die Leistungsfähigkeit der Morganbank als Finanzagent für die britische und französische Regierung übersteigt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Kriegserklärung an Deutschland der einzige Ausweg ist, um unsere gegenwärtig führende Handelsstellung beizubehalten und eine Panik zu vermeiden.

klagen ist in Ostpreußen oder anderswo in Deutschland geboren.

Die unhaltbaren Zustände im Memelgebiet bilden Gegenstand des Sonntag-Vortrags „Basler Nachrichten“. All die Verhältnisse im Memelgebiet, stellt das Blatt fest, könnten durch einen großen Prozeß in wünschenswerter Weise aufgeklärt werden, wenn das mit der gleichen juristischen Liberalität mit dem gleichen Respekt vor dem Verteidigungsrecht der Angeklagten durchgeführt würde, wie im Jahre 1928 der berühmte Autonomienprozeß von Solmar.

Dafür sind aber leider keine Garantien vorhanden. Die angeklagten Memeldeutschen werden nicht, wie damals die estnischen Autonomisten dem geistlichen Richter in ihrer Heimat angeführt, sondern einem in Romo tagenden Kriegsgericht.

Durch drakonische Strafurteile der litauischen Offiziersrichter wird weder für das Memelland selbst noch in dem in jener Völkerei bedrohten Frieden etwas gewonnen werden. Die dem internationalen Memelstatut zuwiderlaufende litauische Willkürherrschaft dauert unvermindert fort. Die gewalttätige Litauisierung der deutschen Bevölkerungsmehrheit wird fortgesetzt werden. Der Landtag wird nach wie vor durch Gewaltmittel verhindert, zusammenzutreten und dem Volkswillen Ausdruck zu geben. — Recht und Ordnung kann im Memelland nur wieder hergestellt werden, wenn sich die Signarmächte des Memelstatuts endlich zum Eingreifen entschließen, wenn nicht, so heißt das die Dinge treiben lassen wollen. Das Treibenlassen aber könnte sehr gefährlich werden.

### Rechtsbeugung im Memelländerprozeß

Kowno, 17. Dezbr. Im Memelländerprozeß trat am Samstagmorgen eine sensationelle Wendung ein, da der Anklagevertreter erklärte, daß eine weitere Ladung von Zeugen gar nicht in Frage käme. Die Verteidiger protestierten gegen die Rechtsbeugung. Nach zweitägiger Beratung verkündete das Gericht, daß sämtliche Anträge der Verteidigung abgelehnt seien. Damit stellte es sich auf den Standpunkt, daß eine Notwendigkeit, neue Zeugen zu laden, nicht vorliegt und daß andererseits die geladenen Zeugen, die nicht erschienen sind, nicht vor Gericht zu erscheinen brauchen.

### Politischer Anschlag in der Sowjetunion

Moskau, 16. Dezember. Wie amtlich gemeldet wird, wurde in der Kollektivbauernwirtschaft Kraini-Ulich im Odessa-Gebiet ein Anschlag auf den neugewählten Vorsitzenden des Ortskomitees, Kara, verübt. Mehrere Unbekannte gaben auf Kara, der Kommunist ist, durch ein Fenster Schüsse ab und töteten. Kara wurde verwundet. Auf Veranlassung der Bundesdirektion des Innern (D.S.W.) reisten zahlreiche Beamte nach Kraini-Ulich, um dort Nachforschungen einzuleiten. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

### Ein Zwischenfall an der bayerisch-österreichischen Grenze

München, 16. Dez. Wie das bayerische Innenministerium mitteilt, wurden am Freitagabend gegen 18.45 Uhr auf österreichischem Boden beim Zollamt Reichach zwei österreichische Hilfsgendarme durch Kopf- bzw. Herzschuß von bisher unbekanntem Täter schwer verletzt. Die Fahndung nach diesem ist auf österreichischer Seite eingeleitet und auch auf bayerischer Seite unter Mitwirkung der bayerischen Grenzorgane mit allem Nachdruck aufgenommen. Wie das D.N.B. aus Wien hierzu erfährt, sind die beiden Hilfsgendarmen inzwischen trotz ärztlicher Hilfe ihren Verletzungen erlegen.

### Erdstöße in Westindien

Antigua (Westindien), 16. Dezember. Auf der britischen Insel Montserrat (Kleine Antillen) ereigneten sich am Freitag mehrere heftige Erdstöße. Eine Anzahl öffentlicher und privater Gebäude, darunter das Gericht und eine Kirche, wurden leicht beschädigt. Das Haus der königlichen Bank von Kanada wurde dagegen so schwer mitgenommen, daß die Regierung einen dreitägigen Bankfeiertag anordnete, um die Ueberführung der Bücher, Dokumente, des Geldes usw. nach einem anderen Gebäude zu erleichtern. Es sind noch immer leichte Erdschütterungen zu spüren.

### Starke Fernbeben gemeldet

Stuttgart, 16. Dezember. Am Samstag früh zeichneten die Instrumente der württembergischen Erdbebenwarte ein starkes Fernbeben auf. In Stuttgart traf die erste Vorkläuferwelle um 3.07.53 Uhr, die zweite Vorkläuferwelle um 3.16.15 Uhr und die Oberflächwelle um 3.29 Uhr ein. Aus diesen Angaben errechnet sich die Herdentfernung zu 6900 Kilometern. Die Richtung des Herdes weist von der Ost-Richtung nur wenige Grade nach Norden ab. Der Dard des Bebens liegt demnach in den nordöstlichen Teilen von Britisch-Indien und ist vielleicht derselbe wie am 15. Januar dieses Jahres, wo in diesem Gebiet durch mehrere Erdbeben schwere Schäden entstanden waren.

## Unhaltbare Lage in Memel.

### Zum Memelländerprozeß.

### Die „Basler Nachrichten“ an die Signalarbe des Memelstatuts.

Kowno, 16. Dez. Das äußere Bild des Memelländer-Prozeß ist am zweiten Tage das gleiche wie am ersten, als kurz nach 9 Uhr der Vorsitzende erscheint und die Sitzung eröffnet.

Die Presse nimmt auch an dem zweiten Verhandlungstage regen Anteil. Bemerkenswert ist eine Meldung des amtlichen litauischen Büros, der Elta, zum erstenmal in deutscher Sprache herauszugeben, in der es zum Schluß des Berichtes über den ersten Verhandlungstag heißt: „Bei der Feststellung der Personalien der Angeklagten ergab sich auch, daß ein Teil dieser Angeklagten, obwohl sie über zehn Jahre im Dienst der autonomen Behörden des Memelgebietes gestanden haben, die litauische Sprache, die als die

erste offizielle Sprache des Memelgebietes gilt, nicht soweit beherrschten, daß sie dem Verlauf des Prozesses folgen konnten.“ Das amtliche Büro trifft hier eine Feststellung, die absolut im Gegensatz zum Memelstatut steht, in dem beide Sprachen ausdrücklich als gleichberechtigt festgesetzt werden. In dem auch sonst etwas tendenziös gehaltenen Bericht der Elta wird auch darauf zurückgegriffen, daß die beiden Hauptangeklagten Hermann und Saz nicht gebürtige Memelländer seien. Das Kriterium eines Memelländers ist nun aber nach den Feststellungen des Memelstatuts nicht das ein Memelländer im Gebiet geboren ist, sondern daß er dort vor dem Zustandekommen des Memelstatuts wohnhaft gewesen ist. Auch eine große Zahl der anderen Ange-

## Der Tod auf Hohensried.

14) Roman von Kurt Martin.

„Und dann?“  
„Es darf ja nicht soweit kommen!“  
„Und wenn es doch dazu kommt?“  
Sie senkte den Kopf.  
„Dann gehe ich.“  
„Wohin?“  
„Das ist ja gleich. — Jergend wohin in die Welt. Was bedeutet mir dann noch mein Leben!“  
„Sie haben keine Eltern mehr?“  
„Mein Vater ist tot, lange Jahre tot.“  
„Und Ihre Mutter?“  
Sie senkte leicht das Haupt.  
„Meine Mutter ist — verschollen.“  
Er bat.

„Möchten Sie mir nicht auch davon etwas sagen? Ich kann einen Menschen viel besser verstehen, wenn ich auch ein wenig über seine Familienverhältnisse unterrichtet bin. — Aber ich will nicht in Sie dringen.“

Langsam hob sie die Augen.

„Doch, ich will sprechen. — Ich will ja alles sagen und tun, was Sie verlangen! — Meine Mutter ist die Stiefschwester meines Onkels Joachim, sie ist die Tochter der zweiten Frau von meines Onkels Vater. — Sie heiratete einen schwedischen Gutsbesitzer. Die Ehe verlief unglücklich. Sie verließ meinen Vater, floh nach Amerika. Man sagt, mit einem Künstler. — Mein Vater starb bald darauf. — Ich kam zu Verwandten.“

„Und Sie hörten nie etwas mehr von Ihrer Mutter?“

„Nein.“

„Haben Sie mit Ihrem Onkel, mit Joachim Gerdahlen, einmal über Ihre Mutter gesprochen?“

„Ja; aber er hat mich, ich solle mir nicht den Kopf mit solchen Fragen zerbrechen. Er sagte, es sei ganz gewiß meiner Mutter Wunsch, daß ich glücklich und froh meine Jugend genösse, und da solle ich mich nicht düsternen Grübeleien hingeben.“

„Wußte er denn etwas von Ihrer Mutter?“

„Er sagte, er wisse nichts; — es kam mir aber so vor als ob er doch etwas von ihr in Erfahrung gebracht hätte.“

„Wie alt würde Ihrer Mutter jetzt sein?“

„Bierundvierzig Jahre.“

„Und wie mag sie sich nennen?“

„Daß weiß ich nicht.“

„Sie glauben nicht, daß sie sich Sundborg nennt?“

„Ich weiß es nicht.“

„Wie hieß ihr Vorname?“

„Nora.“

„Wie war das Verhältnis Joachim Gerdahlens zu ihr?“

„Nein. Er sprach gut und verstand von ihr. Er sagte: „Alles verstehen, heißt alles verstehen. Sigrith! Die Menschen sollten nicht so rasch verdammen, sie sollten vielmehr ihre Mitmenschen verstehen lernen; dann schwänden die Haß und Feindschaft in der Welt.“

„Da hat er recht gesprochen.“

Er erhob sich.

„Jetzt will ich Sie nicht länger mit meinen Fragen quälen.“

„Sie standen sich gegenüber. Jergend schaute sie ihn an.“

„Ob Sie doch etwas unternehmen werden in Alberts Interesse?“

„Ich verspreche es Ihnen.“

„Dann will ich daran glauben.“

„Noch eine Frage! Sie sagten vorhin, daß Ihnen Bruno Bauer, der Nefte Otto Müllers, nicht bekannt sei.“

„Ja, so ist es auch. Ich kenne diesen Menschen nicht.“

„Und was halten Sie von Bruno Bauer?“

„Er ist der Mörder Ottos. Schnöde Geldgier hat ihn zu dieser bösen Tat getrieben.“

„Und sonst?“

„Was sonst?“

„Meinen Sie nicht auch, daß Bruno Bauer auch im Zusammenhang mit der Ermordung Ihres Onkels steht?“

„Mit diesem —? Aber wie denn? — Das kann ich mir nicht denken. — Mein Gott — sollte dieser Mensch es gewesen sein? Sollte —“

„Man versucht natürlich, beide Verbrechen, die da auf

Hohensried geschehen sind, miteinander in Zusammenhang zu bringen.“

„Ja, ja — aber ich — daran hatte ich noch nicht gedacht.“

„Ich will damit auch noch keinen Verdacht aussprechen.“

„Ja, das verstehe ich, Herr Kriminalinspektor. — Freilich, wenn er einmal einen Menschen getötet hat, da kann man ihm gewiß einen zweiten Mord zutrauen.“

„Wir werden ja weiter sehen!“

Damit schieden sie.

### IV.

Frau Martha Gerdahlen sah mit ihrem Sohne und Sigrith Sundborg am Frühstückstisch, als es klopfte.

„Das wird unser Detektiv sein!“

Egon Gerdahlen sprang auf.

„Ah, Herr Jost, bitte, kommen Sie nur. Es ist mit für Sie gedacht.“

Mag Jost grüßte zuvorkommend.

„Guten Morgen, gnädige Frau!“

Frau Gerdahlen bat.

„Bitte, nehmen Sie Platz, Herr Jost!“

Sie bediente ihn selbst.

„Nun, haben Ihre Nachforschungen schon zu einem Erfolg geführt?“

Der Gefragte räusperte sich. Seine wasserblauen Augen streiften in der Ferne. Er hob zurückhaltend die Hände.

„Gnädige Frau, ich spreche nicht gern über Dinge, die ich noch nicht übersehe, denen ich aber auf der Spur bin.“

„Ah, also eine neue Spur.“

„Ja, gewiß, eine neue Spur.“

Egon Gerdahlen forschte interessiert.

„Und wo führt diese Spur hin?“

„Darüber möchte ich mich noch nicht äußern, Herr Doktor.“

„Sie werden es begreiflich finden, daß wir uns für alle Ihre Feststellungen lebhaft interessieren. Sehen Sie, meine Mutter und auch ich, ebenso wie meine Kusine, wir alle möchten die Rätsel hier restlos gelöst sehen. Das Gericht freilich sieht den Fall Gerdahlen schon für gelöst an. Mein armer Vetter sitzt schon seit Monaten in Untersuchungshaft.“

# Reichsbank und Genossenschaften.

## 70. Deutscher Genossenschaftstag in Berlin.

Berlin, 16. Dez. Die Hauptversammlung des 70. Deutschen Genossenschaftstages wurde am Samstag im Preußenhaus eröffnet. Der Vorsitzende des engeren Ausschusses und des Gesamtschiffes, Verbandsdirektor Schinkel, Hannover, begrüßte die Ehrengäste und die aus allen Teilen des Reiches erschienenen Genossenschaftler.

Ministerialdirektor Wienke überbrachte die Grüße und Wünsche der Reichsregierung. Er betonte, daß der Staat das Genossenschaftswesen unterstützt habe und unterhalte, weil er nicht absteifen könne, wo für die Allgemeinheit gewirkt werde.

Als Vertreter der Reichsbank sprach Geheimrat Friedrich. Er wies auf die verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften und Reichsbank hin.

Die Reichsbank habe im allgemeinen, obwohl die Sorgen und Ängste, die auch den gewerblichen Kreditgenossenschaften nicht erspart geblieben sind, auch mehrfach bis zu ihr hinübertrahnten, mit ihnen gute Erfahrungen gemacht. Sie hatten die schwere Krise der letzten Jahre relativ gut überstanden und zum größten Teil aus eigener Kraft. Dabei sei es nicht überflüssig, hervorzuheben, daß an dem Entstehen der Krise die Kreditgenossenschaften wenig beteiligt gewesen seien. Gerade in einer Zeit, wo es sich darum handelt, allen Volksgenossen, und möglichst vielen in selbständiger Tätigkeit, Anteil an dem Ertrag der Produktivkräfte der Nation, und das in Ruhe und Sicherheit, zu gewähren, seien die Genossenschaften von besonderem Wert. Die Kreditgenossenschaften hätten nach wie vor eine große Aufgabe zu lösen. Geheimrat Friedrich ging auch auf das neue Kreditgesetz ein.

Der Grundgedanke des Gesetzes sei, Sicherheit und Gedeihen zu gewährleisten, ohne Ungläub anzurichten.

Die Banken müßten erst wieder ins Verdienen kommen. Diese Frage sei auch entscheidend bei der Zinsenkung. Der Gesetzgeber enthalte sich noch der endgültigen Entscheidung und habe die Entscheidung im wesentlichen in die Hand des Reichsaufsichtsamtes für das Bankwesen gelegt. Was die Genossenschaften anlangt, geht aus dem Gesetz hervor, daß ihre Belange gewahrt werden.

Reichshandwerksführer Schmidt überbrachte die Grüße des Handwerks. In der Genossenschaftsidee liege viel von dem, was heute Handwerksstratibution genannt sei. Er wüßte beim Aufbau des neuen Deutschland eine enge Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Genossenschaften.

Der Führer der Hauptgruppe X (Banken und Kredit), Dr. Dito Christian Fischer, wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß in den Genossenschaften sich eine Befähigung und eine Anschauung des wirtschaftlichen Menschen verkörpere, die die Grundlage des neuen wirtschaftlichen Organisationswesens sein müsse. Selbstverwaltung der Wirtschaft, ausgerichtet auf den deutschen Staat, die Grundlage unserer Existenz und Selbstverantwortung für die Mitarbeit am Werk der Volksgemeinschaft, das seien die Aufgaben und Ziele der Gesamtorganisation der gewerblichen Wirtschaft, in der die Kreditinstitute einen hervorragenden, mit ganz besonderer Verantwortung belasteten Platz einnehmen. Die Kreditinstitute nähmen eine von den übrigen Berufsständen abweichende Stellung infolgedessen ein, als ihre Tätigkeit infolge der Verknüpfung ihrer Tätigkeit mit allen Teilen der Volkswirtschaft niemals isoliert zu betrachten sei.

Der Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates verlange eine enge und harmonische Zusammenarbeit aller Wirtschaftszweige.

Die nur durch eine richtig verstandene und vor allen Dingen richtig angewendete genossenschaftliche Gesinnung aller Teile der Wirtschaft geleistet werden könne.

Die guten Beziehungen zwischen den Genossenschaften und der Deutschlandklasse betonte Präsident Helfferich. Direktor Schippel von der Bresdener Bank wies auf das Zusammenarbeiten der Bank und ihrer Genossenschafts-Abteilung mit den Genossenschaften hin. Im Anschluß daran sprach Anwalt Dr. Johann Lang.

### Aufgedeckter Turtelwindel

Berlin, 16. Dezember. Bei dem am letzten Sonntag in Nühlheim stattgefundenen Galopprennen ist ein Schwindelmann übergedeckt worden. Bei dem A. Zimmermann-Rennen wurde u. a. eine Stute gestart, von der festgestellt werden konnte, daß sie unter falschem Namen lief. Die Vorgeschichte spielte sich in Reichenhagen und Hoppegarten ab. Dort wurde von einem im Rennsport unbekanntem Mann vor wenigen Wochen die fünfjährige Stute „Amön“ gekauft. Beim Transport, wahrscheinlich beim Verladen auf dem Stettiner Bahnhof, wurde die Stute gegen die schon in zwanzig diesjährigen Rennen stets erfolglos gestartete Stute „Kameradin“ vertauscht. „Amön“ trat die Reise nach Nühlheim als „Kameradin“ an. Bei dem Rennen am vergangenen Sonntag spielte aber auch diese keine Rolle und konnte nur den vierten Platz befechten. Der geplante Schwindel war nicht von Erfolg.

Die Oberste Behörde für Vollblutzucht und -rennen hatte von dem Tausch schon einige Tage vor dem Rennen Kenntnis erhalten und hat mit Absicht den Betrugsfall sich abwickeln lassen, um energisch gegen die in die Angelegenheit verwickelten Betrüger zum Nutzen des gesamten Publikums einschreiten und vor allen Dingen des weitesten Publikums einschreiten zu können. Gleichzeitig mit der Beschlagnahme des Pferdes wurde zugunsten des auf den fünften Platz eingekommenen Pferdes gegen die auf den vierten Platz eingelaufene „Kameradin“ von seiten der Obersten Behörde Protest eingelegt.

Die Unterbindung des Falles wird mit größter Energie betrieben. Es dürfte schon jetzt erwiesen sein, daß ein aktiv am Rennsport Beteiligter dabei seine Hand nicht im Spiel gehabt hat, daß vielmehr eine Clique von Außenstehenden das Schwindelmannöver ausgeführt hat.

### Trauer in Stade

Stade, 16. Dezember. Das Unglück von Langwedel hat in Stade große Trauer ausgelöst. Der Stadteil Camps, in dem die meisten Getöteten wohnten, hat Haus bei Haus halbtod gestlagt. Die Gloden aller Kirchen klingen ein Trauergekläut an. Auf den Straßen stehen die Menschen in großen Gruppen und besprechen das Unglück. Fast jeder hat einen guten Bekannten oder Verwandten unter den Opfern.

Die Toten sollen in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt werden, die Ueberführung der Leichen wird wahrscheinlich am Sonntag erfolgen.

### Mit ihren Kindern in den Tod

Berlin, 16. Dezember. Eine furchtbare Familientragödie spielte sich in der vergangenen Nacht in der Brunnenstraße ab. Dort wurde die 48jährige Ehefrau Elise Rehme mit ihren 10- und 7-jährigen Söhnen Willi und Walter in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet leblos aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Als Grund zu der Tat werden zerrüttete Familienverhältnisse genannt.

### Sind Weihnachtsfeiern verboten?

Die Landesstelle Baden des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Es hat sich erwiesen, daß Vereinsleiter das Verbot öffentlicher Dilettantenaufführungen durch das Reichstheatergesetz einem Verbot von Weihnachtsfeiern überhaupt gleich-

setzen, diese dann einfach ablagen mit der Begründung, Weihnachtsfeiern ohne Dilettantentheateraufführungen seien nicht tragbar. Die Ungehaltenheit der Mitglieder und der Bevölkerung wird dann pariert mit dem Hinweis auf das Aufführungsverbot von Dilettantentheatern durch das Reichstheatergesetz.

Jeder von einer Behörde noch von einer anderen Stelle ergang für Vereine und Organisationen ein Verbot von Weihnachtsfeiern. Es kann deshalb nicht geduldet werden, daß für das Unvermögen gewisser Vereinsleiter, Weihnachtsfeiern ohne Dilettantentheater zu veranstalten, und für den Mann in sozialem Verständnis dem Volke gegenüber Staat und Partei haltbar gemacht werden.

Jeder sich dem Volk wirklich verantwortlich fühlende Vereinsführer weiß, daß es noch reichlich Möglichkeiten gibt, eine Weihnachtsfeier im volkstümlichen Sinne aufzubauen, auch ohne Theateraufführung.

Es muß festgestellt werden, daß durch künstliche Abgabe der Weihnachtsfeiern viele stellungslöse Musiker um Beschäftigung und Verdienst gebracht und dadurch erheblich geschädigt werden. Aus diesen Gründen muß die mutwillige Abgabe einer Weihnachtsfeier als Sabotage angesehen und entsprechend vermerkt werden.

Die Bestimmungen des Reichstheatergesetzes zum Dilettantentheater sind hauptsächlich aus sozialen Erwägungen heraus getroffen worden und nicht, wie das oft dargestellt wird, als Schikane für Vereine und Vereinsleiter. Es liegt kein Grund zu solcher Auffassung vor und auch nicht dazu, Künstler und die Bevölkerung das entgegen zu tun, was dem einzelnen Vereinsleiter an Fähigkeiten, eine Weihnachtsfeier auch ohne Theateraufführung zu gestalten, und an sozialem Verständnis zu der durch das Reichstheatergesetz gestifteten Lage abgeht.

### Alle Abstimmungsberechtigten

sehen sich zum nachfolgend ausgeführten Ortsgruppenleitern, Stützpunktleitern und Saarobmannern in allen Abstimmungsfragen in Verbindung. Auch Anträge usw. sind an diese zu stellen:

- Ortsgruppe Karlsruhe: Hans Neurohr, Wilhelmstr. 13
- Ortsgruppe Mannheim: Arthur Bauer, Bahnhofstr. 74
- Ortsgruppe Heidelberg: Dr. Schab, Rechtsanwalt, Redaradenstraße 18
- Ortsgruppe Freiburg: Friedrich Meiser, Kamptplatz 6
- Stützpunkt Baden-Baden: Wilh. Göbel, Lange Straße 68a
- Stützpunkt Bruchsal: Ludw. Kiefer, Bismarckstr. 17
- Stützpunkt Durlach: Hubert Franke, Adolf-Hilfer-Straße 58
- Stützpunkt Ettlingen: Karl Schmitt, Badenortstr. 4
- Stützpunkt Offenburg: Hans Besold, Goethestr. 19
- Stützpunkt Pforzheim: Franz Kunz, Reichstr. 104
- Stützpunkt Rastatt: Ernst Uebel, Hagenstr. 9
- Saarobmann: Rehl: Jng. Kurt Blasius, Gutruinstr. 6

Abstimmungsrechte, welche sich in anderen Orten, wie oben aufgeführt, befinden, wenden sich an den Saarobmann des nächstgelegenen Ortes.

### Schweizer Jagdpächter spenden für das WSM

Döflingen bei Freiburg, 16. Dez. Die hiesigen Jagdpächter, eine schweizerische Gesellschaft aus Basel, haben nach der ersten Treibjagd auf dem Döflinger Gelände dem deutschen Winterhilfswerk 30 Haken gestiftet.

### Gebührenfreiheit für bedürftige Studenten

Unter Aufhebung aller Verordnungen erläßt Unterrichtsminister Dr. Wacker neue Bestimmungen, nach denen immatrikulierten Studierenden, welche der deutschen Studentenschaft angehören, bei Bedürftigkeit und würdigem Verhalten auf Antrag ganzer oder teilweise Gebührennachlass gewährt werden kann. Der Gebührennachlass erstreckt sich auf die Studiengebühr, das Unterrichtsgehalt, das Erlagsgeld und die Seminargebühr. Die Vergünstigung gilt jeweils für ein Studienjahr. Bei Prüfung der Würdigkeit werden die wissenschaftlichen Leistungen und die Gesamtpersönlichkeit bewertet. Dabei wird besonders die Art des Einkommens für Volk und Staat berücksichtigt.

### Änderung der Polizeiordnung für die badischen Häfen

Der Finanz- und Wirtschaftsminister hat durch gleichlautende Verordnungen eine Änderung der Polizeiordnung für die badischen Häfen Mannheim, Karlsruhe und Rehl für Sonntagstarbeiten dastühnend getroffen, daß Arbeiten an Sonn- und Feiertagen nur nach den hierfür erlassenen Bestimmungen vorgenommen werden dürfen und auch da nur nach erfolgter Genehmigung und Zeitbestimmung des betreffenden Hafenamtes.

### Einstellung von Anwärtern der Landespolizei

Die Landespolizeiabteilung stellt im Frühjahr 1935 junge Leute ein. Bewerber, die wenigstens 1,70 Meter groß sind und mindestens das 17. jedoch höchstens das 20. Lebensjahr vollendet haben (Stichtag 1. 4. 35) wollen sich schriftlich unter gleichzeitiger Beilage nachstehender Papiere an die Landespolizeiabteilung Karlsruhe, Volkststraße 12, wenden:

1. Selbstgeschriebener Lebenslauf.
2. Zeugniszeugnis.
3. Einwilligungserklärung des Vaters oder gesetzlichen Vertreters.
4. Schulzeugnisse (Gesellen- u. w. Zeugnisse).

Bewerber mit Kraftfahrzeugführerschein sind erwünscht.

### Die Auslandsreise des Kreuzers „Karlsruhe“

Kreuzer „Karlsruhe“ hat Sao Francisco de Sul verlassen und nach vierstündiger Fahrt in der Cabecudas-Bucht geankert, um den Deutsch-Brasilianern in Blumenau einen Besuch abzustatten.

### Das Technologische Institut in Forchheim

Der Bau des Technologischen Instituts geht nun seiner Vollendung entgegen. Das Gebäude liegt direkt neben dem Tabakforschungsanstalt und ist für die Verarbeitung der Peruchstabe, wie Einsädeln u. Fermentieren der Tabak sowie Herstellung von Zigarren- und Zigarettenproben bestimmt. Bis Ausgang Dezember oder bis Anfang Januar werden gegen 500 Zentner Zigarettenabfälle aus allen deutschen Gebieten, vornehmlich aber aus Baden, in Forchheim eintreffen, wo der Tabak zur Lagerung und Fermentation kommt und dann im Auftrag des Instituts angeboten wird.

### Das Muffewild im Odenwald eingebürgert

Weinheim, 17. Dez. Die Einbürgerung des Muffewildes im Odenwald und einzelnen Wäldern der Bergstraßenorte kann jetzt als endgültig gelungen angesehen werden. So wurde seit einiger Zeit auf dem Wachenberg das Vorhandensein von zwei Stück Muffewild beobachtet. Die Tiere sind so vertraulich, daß man die Muffelgeiß dieser Tage bis in den Ort Firkenua locken konnte. Da das trüchtige Tier seitens der Jugend durch Nachstellungen Schaden erleiden hatte, hat ein Jäger in Urtenbach das Tier in Verwahrung genommen. — Dieses seltsame Wild, das bekanntlich nicht abgeschossen werden darf, wurde von Jahren von der deutschen Jägerschaft in den Wäldern des Odenwalds eingeleitet

und konnte von Naturfreunden in seiner freien Waldbahn gut beobachtet werden.

### Von der neuen Rheinbrücke bei Speyer

Speyer, 17. Dez. Die Bauarbeiten an der neuen Rheinbrücke bei Speyer schreiten dank der günstigen Witterungsverhältnisse rüstig vorwärts. Die badischen Strompfeiler sind bereits vollendet, auf der pfälzischen Seite wird der Strompfeiler zurzeit gegründet. Die pfälzischen Brückenrampen stehen vor ihrer Fertigstellung; bis jetzt wurden rund 200 000 cbm Erdreich aufgeschüttet. Die neue Brücke wird als durchlaufender Parallel-Fachwerträger ausag führt, also der Bauweise der Ludwigshafener Brücke nach ähneln. Auch für die Marauer Brücke ist diese Bauart vorgesehen.

### Winterfrühling auf dem Hochschwarzwald

Trotz eines seit Tagen ungewöhnlich starken Barometerversandes standen das Wochenende und der silberne Sonntag im Schwarzwald im Zeichen ausgeprägter Schönwetter und nahezu völliger Windstille. Die Temperaturen liegen zum Teil im Gebirge einige Grade über Null, in der Rheinebene sogar bei 10 Grad Wärme. Im Vorjahre wurde in diesen Tagen die größte Winterfalte verzeichnet.

Weider sind diesmal bisher selbst die höchsten Lagen des Schwarzwaldes ohne Schnee, den man jetzt, im Interesse eines im Gang kommenden Winterverkehrs und der überaus großen Zahl erwartungsvoller Reisegäste auf Weihnachtsfeiern sehr herbeiseht.

Die Anormalität der Temperatur überträgt sich auf die Natur. So können beispielsweise zur Zeit auf der Baarhochfläche Schafherden auf die Weide getrieben werden und die Landwirte allerwärts ihre Feldarbeiten, wie Düngen und Säen ungehemmt beendigen. Die Winterarbeiten haben sich bisher sehr gut entwickelt. Infolge wiederholter milder Regenfälle haben sich in verschiedenen Gebirgsstälern und auf der Baar in den dortigen Wäldern Pilze entwickelt, die um diese Zeit angeht ihrer Fülle und Größe nur Staunen erwecken können.

### Schwarzwälder Holzfäller erhalten Weideland

Einen begrüßenswerten und die wahre Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringenden Beschluß hat eine Anzahl forstreicher Schwarzwaldgemeinden im Benehmen mit den zuständigen Behörden gefaßt. Berufsmäßige Holzbauer die in abgelegenen Gebirgsgebieten ihre Siedlung besitzen erhalten die Erlaubnis, bestimmte Waldgelände zu roden und danach für die Landwirtschaft urbar zu machen, namentlich um Weideland zu schaffen, das als Grundlage für eine künftige beschiedene Viehhaltung dienen soll.

Dies Weideland wird bestimmte Parzellen in den am meisten bewaldeten Gebieten des mittleren und höheren Schwarzwald einnehmen, deren klimatische Lage bevorzugt ist, also die sonnenausgesetzt und möglichst in Quellennähe liegen sollen. Im Südschwarzwald befinden sich von Natur aus genügend Weidestellen, hingegen wird im Nordschwarzwald eine entsprechende Zahl Rodungen vorgenommen. So sollen neue Weidestellen im Hornsgründebiet, im Abschnitt der Langen-Gründe, im oberen Murgtal, im Enztal und im Kaltenbrunn-Hohlober Höbgebiet erstellt werden. Auch ist zu erwarten, daß den Holzfällern in den Hochwäldern des oberen Reichs- und Schabachtales Möglichkeiten zur Schaffung von Weidestellen gegeben werden.

### Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 17. Dezember.

V Ein Emil Gött-Abend. Der Landesverein „Badische Heimat“ und die NS-Kulturgemeinde veranstaltete am Freitag einen Vortragsabend über den alemannischen Dichter Emil Gött. Er sprach Prof. Dettling aus Karlsruhe. Emil Gött ist nicht nur ein Dichter, sondern auch ein heroischer Mensch gewesen, der die Ideale seines Geistes für sich und sein Leben als verpflichtend ansah. Er wollte Herr und Diener zugleich sein, die Synthese zwischen Nietzsche und Tolstoi vollziehen, indem er als einfacher, kleiner Bauer sein Brot selber pflanzte und neben dieser Arbeit durch seine Dichtungen und praktischen Erfindungen der Gesamtheit helfend den Weg zu weiterer Vollendung des Lebens wies. Wir müssen zugeben, daß Emil Gött für seine Person diese Verbindung zwischen stolzem Eigenleben und dienender Liebe gelungen ist, allerdings unter größten Entbehrungen und um den Preis eines frühen Todes. Es ist erregend und doch ermutigend zu hören, daß der Dichter bis zuletzt trotz eines schweren, schmerzgeplagten Leidens an seinem Lustspiel „Die Mauerung“ geschrieben hat. Man sieht diesem heiteren, launigen Stück nicht an, wieviel körperliche Qual dahintersteckt. Auch hier ist Gött mit seiner Person den Beweis für die in allen seinen dramatischen Werken enthaltene Behauptung eingetreten, daß jede tragische Verwicklung in sich den Reim zur friedlichen, aufbauenden, nicht vernichtenden Lösung trägt. So ist uns der tapfere Alemann Gött ein Beispiel menschlicher Vollendung. Prof. Dettling bot uns diese Erkenntnis in einem von warmherzigem Versehen getragenen Vortrag, der einen viel größeren Zuhörerkreis verdient hätte. Die Erscheinenden durften für eine schöne Stunde danken.

\* Silberner Sonntag. Der silberne Sonntag trat in der Natur nicht in Erscheinung. Nichts von silbernem Reif oder Schnee war zu sehen, trübes nebligtes Wetter bedeckte die Landschaft. Der Kampf, den die Sonne den Tag über gegen die Wolken führte, die den Himmel bedeckten, blieb ergebnislos. In geschäftlicher Hinsicht hielt der silberne Sonntag, was der kühne Sonntag versprochen hatte. Um die Mittagszeit setzte ein reger Zustrom der Landbevölkerung nach unserer Stadt ein. Die Straßen und Läden wie auch die Basistätten waren recht belebt. Soweit man feststellen konnte beschränkte sich der Publikums nicht nur auf das Sehen, sondern es wurde auch in erheblichem Umfang gekauft. Vorwiegend waren es Gebrauchsgegenstände und Spielwaren, während ausgesprochene Winterwaren infolge der ungewöhnlich warmen Witterung weniger Beachtung fanden. Auch der Bahnverkehr war belebt und entsprach den Erwartungen. So war der silberne Sonntag gestern nach langer Trübnis wieder einmal ein silbernes Aufleuchten für die Geschäftswelt.

\* Aufmarsch der SA-Formationen. Gestern führten die der Standarte 259 unterstellten SA-Formationen einen Aufmarsch nach Sinsheim aus. Auf dem Robert Wagnerplatz wurde Appell abgehalten, dann erfolgte die gemeinsame Verkündigung der Mannschaften. Um 1 Uhr traten dieselben wieder an zur Besichtigung durch den Stellvertreter des Brigadeführers aus Heidelberg. Anschließend wurde ein Propagandamarsch durch die von Zuschauern umfüllten Straßen der Stadt am Rathaus vorbei ausgeführt, wo der Standartenführer die Parade abnahm. Die Stadt hatte zur Begrüßung der Mannschaften Flaggenstumm angelegt.

\* Kanarienvogel-Ausstellung. Recht weihnachtlich sah es gestern im Löwenaal aus, wo der Kanarienvogel- und Vogelschutzverein seine Weihnachtsausstellung eingerichtet hatte. Frisches Lammgrün umfüllte den Saal und die Ausstellungsanlagen, munteres Singen der kleinen Sänger erfüllte den Raum. Die Ausstellung war diesmal besonders schön angelegt und machte in ihrer Gesamtaufmachung einen ausgezeichneten Eindruck. Neu hinzugekommen war eine kleine Naturparkanlage für Vögel, eine Züchter-

